

A N T W O R T

zu der Anfrage

der Abgeordneten Astrid Schramm (DIE LINKE.)

betr.: Hilfe zur Pflege und Kostenersatz durch Erben

„Durch das Teilleistungsprinzip der sozialen Pflegeversicherung wird die Pflege anteilig auf die Betroffenen und - gegebenenfalls - deren persönliches Umfeld verlagert. Nachdem das Einkommen und Vermögen (im Rahmen der festgesetzten Grenzen) herangezogen wurde, kommt Hilfe zur Pflege nach dem SGB XII als Sozialleistung in Betracht.“

Wie hoch war jeweils in den Jahren 2009 bis 2014 der Anteil der Pflegebedürftigen im Saarland mit einem Anspruch auf Hilfe zur Pflege nach dem SGB XII (bzw. bei dem ein entsprechender Antrag gestellt wurde)?

Zu Frage 1:

Der Anteil der Pflegebedürftigen mit Leistungsanspruch nach dem SGB XI und dem SGB XII stellte sich in den Jahren 2009 bis 2014 wie folgt dar:

Jahr	Pflegebedürftige mit Leistungsanspruch nach dem SGB XI am 15.12. des jeweiligen Jahres	Leistungsempfänger /innen von Hilfe zur Pflege nach den §§ 61 ff. SGB XII am Jahresende *	Anteil
2009	30380	4112	13,5 %
2010		4634	
2011	32793	4931	15,0 %
2012		5119	
2013	34102	5363	15,7 %
2014		5867	

Quelle: Amtliche Statistik des Statistischen Amtes des Saarlandes „Pflegestatistik im Saarland – Pflegebedürftige im Saarland am 15. Dezember 2009, 2011 und 2013“ (wird nur alle zwei Jahre erstellt) und „Sozialhilfe und Asylbewerberleistungsstatistik im Saarland, Teil II: Empfängerkreis“

*Die Statistik Hilfe zur Pflege enthält auch die Nichtversicherten.

Ausgegeben: 15.12.2015 (05.11.2015)

Erben einer leistungsberechtigten Person sind nach § 102 SGB XII bei gewährten Hilfen zur Kostenerstattung verpflichtet. Eine Ausnahme besteht u.a. im Fall einer besonderen Härte (§ 102 Abs. 3 Nr. 3 SGB XII). In wie vielen Fällen wurde von der Härtefallregelung bei gewährten Hilfen zur Pflege (§§ 61 ff. SGB XII) seit dem Jahr 2006 ganz oder teilweise Gebrauch gemacht? Welche Gründe wurden hierbei als Härtefall anerkannt?

Zu Frage 2:

Im Saarland wurde bei gewährten Hilfen zur Pflege nach den §§ 61 ff. SGB XII seit dem Jahr 2006 in einem Fall eine besondere Härte im Sinne des § 102 Abs. 3 Nr. 3 SGB XII anerkannt. In diesem Fall hatte die Tochter und Erbin der Hilfeempfängerin bereits zu Lebzeiten ihrer Mutter in das später geerbte Haus investiert (Giebelsanierung) und dadurch zu einer Wertsteigerung des Nachlasses beigetragen. Eine besondere Härte wurde daher in der Höhe der nachgewiesenen Investitionen (1.441,18 Euro) anerkannt und nur der Restbetrag als Kostenersatz geltend gemacht.

Im Fall einer gewährten Grundsicherung im Alter sieht das SGB XII - anders als bei gewährten Hilfen zu Pflege - keine Kostenerstattung der Erben vor. Bestehen aus Sicht der Landesregierung, insbesondere vor dem Hintergrund von Art. 3 Abs. 1 GG, hinreichende Gründe für diese Ungleichbehandlung?

Zu Frage 3:

Die Vorschrift des § 102 Absatz 5 SGB XII schließt eine Ersatzpflicht der Erben für Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei dauerhaft voller Erwerbsminderung aus. Davon betroffen ist im Wesentlichen das bei der Gewährung von Grundsicherung im Alter und bei dauerhaft voller Erwerbsminderung sowie anderen Sozialhilfeleistungen geschützte Vermögen im Sinne des § 90 Absatz 2 SGB XII. Die Einnahmen der Sozialhilfeträger aus dem Kostenersatz durch Erben sind jedoch gering. So betrug der Anteil aller Kostenbeiträge sowie des Kosten- und Aufwendungsersatzes einschließlich Kostenersatz durch Erben bei der Hilfe zum Lebensunterhalt im Jahr 2014 nur 55.359 Euro, das sind 0,3 % der gesamten Bruttoausgaben für diese Hilfe; bei der Hilfe zur Pflege waren es 704.913 Euro (0,9 % der Bruttoausgaben für diese Hilfe).

Die saarländische Landesregierung hält den Verzicht auf den Kostenersatz durch Erben in Bezug auf die Grundsicherung im Alter und bei dauerhaft voller Erwerbsminderung aus folgenden Gründen für vertretbar:

- Bekämpfung der verdeckten oder verschämten Altersarmut:

Im Vorfeld der Rentenreform im Jahr 2001 zielten jahrzehntelang sozialpolitische Diskussionen und parlamentarische Initiativen darauf, der Sozialhilfe vorgelagerte Sozialleistungssysteme „armutsfest“ zu machen oder einzelne Personengruppen partiell aus dem Sozialhilferecht herauszulösen. Vor allem ältere Menschen hatten ihre Sozialhilfeansprüche wegen eines befürchteten Unterhaltsrückgriffs auf ihre Kinder häufig nicht geltend gemacht.

Nachdem im eigenständigen Grundsicherungsgesetz von 2001 in der umstrittenen Frage des Unterhaltsrückgriffs auf Kinder bzw. Eltern eine Einigung dahin erzielt wurde, dass Ansprüche gegen sie nur bei hohem Einkommen über 100.000 Euro zu berücksichtigen sind, wurde im Rahmen der Einordnung der Grundsicherung im Alter und bei dauerhaft voller Erwerbsminderung in das Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) – Sozialhilfe - (Gesetz vom 27.12.2003, BGBl I 2003, 3022) auf Vorschlag des Vermittlungsausschusses auch der Verzicht auf den Kostenersatz durch Erben in Bezug auf die Grundsicherung im Alter und bei dauerhaft voller Erwerbsminderung aufgenommen. Die Anzahl der Personen, die diese Hilfe in Anspruch nehmen, ist seitdem ständig angestiegen.

- Gewährleistung des Grundrechts auf ein menschenwürdiges Existenzminimum (Bundesverfassungsgericht, Urteil vom 9. Februar 2010, 1 BvL 1/09, 1 BvL 3/09, 1 BvL 4/09, BVerfGE 125, 175, 222):

Schutz vor Armut bedeutet, dass das menschenwürdige Existenzminimum auf verlässliche Weise gewährleistet sein muss (Antwort zu Frage 39 der großen Bundestagsanfrage Altersarmut in Deutschland vom 29.6.2011, Drucksache 17/6317).